

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Ercheint an allen Werktagen.  
Abonnement in der Stadt vierteljährl. M. 1. 20 monatl. 40 Pf. bei allen württ. Postanstalten und Boten im Orts- u. Nachborsortverkehr wertlos. M. 1. ausserhalb desselben M. 1. hiezu Bestellgeld 30 Pf. Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verständigungsblatt der Kgl. Forstämter Wildbad, Meßfern, Enzklösterle u. mit amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 3 Pfg. Auswärtige 10 Pfg. die kleinspaltige Harmontzeile. Rechnungen 15 Pfg. die Feinzeile. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Abonnements nach Uebereinkunft. Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

### Wirt. Landtag

Stuttgart, 7. Mai.

Vizepräsident Dr. v. Kiene eröffnet die 19. Sitzung um 3 1/4 Uhr. Am Regierungstisch: Minister von Fischer und Kommissare. Kranz: Dambacher; beurlaubt: Vogt, v. Balz, Hieber, v. Payer.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung über den

### Etat des Innern.

Zunächst wird über die zu Tit. 1 vorliegenden 8 materiellen Anträge abgestimmt. Ein Antrag Rembold-Gmünd (Ztr.), die Anträge Lindemann und Dr. Eiseler betr. das Apothekenwesen an die Kommission für Gegenstände der inneren Verwaltung zu überweisen, wird angenommen. — Der Antrag Gröber betr. die Erbauung von Wohnungen für Arbeiterbewohnte wird an die volkswirtschaftliche Kommission verwiesen. — Die Resolution Gröber betr. Einführung gemischter Arbeitsklassen wird angenommen. Die Sozialdemokraten stimmen ihr nicht zu, weil sie, wie sie die Abstimmung motivieren, für Arbeiterklassen sind, die nur aus Arbeitern zusammengesetzt sind. — Der Antrag Gröber betr. Erhebungen über die Heimarbeit im Lande wird abgelehnt. — Der Antrag Hieber betr. reichsgesetzliche Regelung der Heimarbeit wird angenommen. — Der Antrag Mattutat betr. die Krankenpflegeversicherung wird auf Antrag Rembold-Gmünd an die Kommission für Gegenstände der inneren Verwaltung verwiesen. Der Antrag Lohner betr. Verstaatlichung der Mobiliar-Feuerversicherung wird angenommen.

Bei Tit. 2 erinnert Liesching (Sp.) an einen früheren Beschluss, wonach die Nebenbezüge 900 Mark nicht übersteigen sollen. Jetzt sind für einen Ministerialdirektor wieder 1100 Mark vorgesehen. Das möge in Zukunft unterbleiben.

Minister v. Fischer sagt dies zu. Die Nebenbezüge seien allgemein zurückgegangen.

Bei Tit. 4 beantragt die Kommission, die Verwandlung von 3 Staatsstellen in Oberratsstellen (Oberregierungsräte bei den Kreisregierungen) zu genehmigen.

Abg. Keil (Soz.) spricht sich gegen diese Forderung aus.

Abg. Liesching (Sp.) stimmt nur 2 Oberratsstellen zu und lehnt die für das Hochbauwesen ab.

Minister v. Fischer tritt für die Forderungen der Regierung aus Gerechtigkeitsgründen ein und bittet sein Departement nicht ungünstiger zu behandeln als andere Departements.

Abg. Rembold-Nalen (Ztr.) stimmt dem Antrag der Kommission zu, ebenso Dr. Mälberger (D. P.), speziell mit Rücksicht auf die Bauordnung, und der Berichterstatter Haug (Bdd.).

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Zu Tit. 6 liegt ein Antrag Körner-Haug (Bdd.) vor, die Kammer wolle beschließen, das St. Ministerium des Innern zu ersuchen, die Gesundheitszeugnisse für Händlervieh sofort wieder einzuführen.

Abg. Körner (Bdd.) begründet diesen Antrag mit der jüngst ausgebrochenen Maul- und Klauenseuche. Die Händler hätten das verseuchte Vieh eingeschleppt. An der Seuche seien auch nicht schlechte Ställe schuld, wie Mattutat meinte. Bedauerlich sei das Zögern der Regierung, das der Minister am Samstag gegenüber dem diesbezüglichen Verlangen des Abg. Pfäfer zum Ausdruck brachte. Wenn im Geschäftsbetrieb des Viehhandels solche Gefahren liegen, so sollten auch die alten strengen Maßnahmen wieder ergriffen werden. Durch diese Gesundheitszeugnisse ist die frühere Seuche mit Erfolg bekämpft worden. Er bitte den Minister herzlich, dem Antrag zuzustimmen.

Bei (Sp.): Man braucht nicht im Organ des Bauernbundes zu sein, um für die schärfsten Maßregeln gegen die schädigende Viehseuche einzutreten. Ich habe mir aber das Wort erbeten, um über die Einleitung der städtischen Abwasser in die öffentlichen Gewässer zu sprechen. Das Medizinalkollegium verlangt von den Stadtverwaltungen bei Einleitung der Abwasser in die Flüsse die überaus teuren Kläranlagen, die auf dem biologischen Verfahren beruhen, nun sind die Sachverständigen über die Güte der verschiedenen Systeme durchaus nicht einig. Die Autonomie der Gemeinde muß auch hier beachtet werden und die Gemeinde sollte auch eine Anlage nach einem anderen System erstellen dürfen, wenn es nur allen sanitären Anforderungen entspricht. In diesem Fall könnte sich die Kgl. Regierung beruhigen.

Abg. Frhr. Bergler v. Berglas (Bdd.) bittet, darauf zu bringen, daß der Zeugniszwang wieder eingeführt wird.

Abg. Bantleon (D. P.) schließt sich dem an, ebenso die Abg. Sommer (Ztr.), Schod (Sp.).

Minister v. Fischer: Die Verfügung sei aus Rechtsgründen aufgehoben worden. Die Regierung habe die schärfsten Maßnahmen gegen die Händler ergriffen. Die Einführung der Seuche stehe mit der Abschaffung der Zeugnisse in keinem Zusammenhang. Ueberdies gehe die Seuche zurück. Wenn aber das Haus einstimmig den Antrag stelle, so wolle er sich dem nicht widersetzen, solange die Seuche anhalte.

Abg. Keil (Soz.) glaubt, die Annahme des Antrags werde die Vieheinfuhr erschweren, deshalb sollte er vorher genau erwogen werden. Er sei durch den Antrag überrascht.

Minister v. Fischer teilt näheres Material mit zum Beweis dafür, daß das Gesundheitszeugnis die Einschleppung nicht zu verhindern vermag, weil die Ansteckung sich nicht sofort nachweisen läßt.

Abg. Keilbach (Ztr.) betont, es ließen sich Fälle denken, in denen die Zeugnisse von Wert seien. Man müsse sich fragen, warum nicht die Grenze gesperrt worden sei, nachdem man gewußt habe, daß in der Schweiz die Seuche ausgebrochen sei. In Friedrichshafen sei die Kontrolle nicht scharf genug, nicht so scharf wie in Lindau.

Abg. Körner (Bdd.) betont die Dringlichkeit der Frage; deshalb sei der Antrag nicht erst bei Kap. 43, sondern schon jetzt bei Kap. 20 gestellt worden. Die Gesundheitszeugnisse wollen wir für das Inland. Es handelt sich um eine große Gefahr. Je öfter die Untersuchung stattfindet, desto besser sei es für unseren Viehbestand.

Abg. Bantleon (D. P.): Die Regierung trifft hinsichtlich der Seuche kein Vorwurf. Sie hat ihre Pflicht getan. Bei der Einführung von Vieh von auswärts scheint etwas nicht in Ordnung zu sein. Die Kontrolle muß sehr scharf sein; die rigorossten Maßregeln sind am Platze.

Abg. Liesching (Sp.) ist für den Antrag. Von einer Kommissionsberatung verspreche ich mir nichts. (Sehr richtig!)

Abg. Schrembs (Bdd.): Alle Sachverständigen der Landwirtschaft haben gegen die Abschaffung der Zeugnisse gestimmt. Sie ist zu bedauern. Der Minister hat die Zeugnisse unterschätzt. Die Belästigung der Händler steht in keinem Verhältnis zur Belästigung der Bauern, wenn einmal die Seuche eingeschleppt ist. Eine large Praxis

Sein bestes Glück, o Menschenkind,  
Besuche dich mit nichten,  
Dass es erfüllte Wünsche sind,  
Es sind erfüllte Pflichten!  
Carl Geest.

### Wenn der Frühling kommt.

Von Margarete Böhm.

(Fortsetzung.)

Im Hause Gurbar erwartete man den Besuch der neuen Schirmmeisterin. Der Vegetationsrat hatte einige Andeutungen gemacht, die Gräfin Claires Neugierde erregten.

Sonst machte sie sich nicht viel aus gesellschaftlichen Neuankömmlingen, aber wenn ihr Bruder Bernhard für eine Frau erwärmt und dieselbe als eine interessante Erscheinung bezeichnete, war es immerhin der Mühe wert, sich die betreffende Persönlichkeit einmal anzusehen.

Das Ehepaar Kohen hatte, seitdem es seine Besitzung in Schlesien verkauft, keinen festen Wohnsitz. Seit Jahr und Tag waren sie auf der Suche nach einer neuen Acquisition, ohne bisher zu einem Beschluß zu kommen. Gelegentlich fanden sie in Unterhandlungen um einen Besitz in Böhmen, der seiner ausgedehnten Wäldungen mit reichen Wildbeständen wegen das besondere Interesse der Gräfin erregte.

Gräfin Claire hatte nur zwei Passionen: Sport und Jagd. Alle übrigen Interessensphären, wie Literatur, schöne Künste und gesellschaftliche Zeremonien, liegten von ihr unter einen Hut gebracht und mit einer Landbewegung abgetan zu werden: Konjens. In diesem einen Punkte gingen die Ansichten des Ehepaares wunderbar einander auf. Auch Graf Friedrich Kohen hatte sich zu der Ansicht durchgerungen, daß in dieser Welt alles

Schöne Schall und Rauch ist, ausgenommen die substanzuellen Mittel zur Erhaltung des Daseins. Und von dieser Ansicht ausgehend, war er zu der Ueberzeugung gelangt, daß es für einen Mann und Menschen in der Welt keine schönere, vornehmer, wahrhaft idealere und für das eigene Wohl gedeichlichere Beschäftigung geben kann, als die Verfeinerung, gewissermaßen die Idealisierung der betreffenden Lebensgenüsse. — und daß kein Beruf annähernd so gentlemanlike sei als der des denkenden Küchenchefs. Das gräßliche Paar ergänzte einander in seinen Neigungen; die Gräfin schob die Käher, Hasen und Böde; und Graf Erich machte sich ein Vergnügen daraus, die Jagdbeute seiner Gemahlin mit allen Finessen höchster kulinarischer Kunst eigenhändig zu bereiten. Er hatte auch Ehrgeiz auf dem Felde seiner Tätigkeit und strebte nach öffentlicher Anerkennung seiner Talente. Während sein Bruder, der berühmte Kochus, Stoffe zu neuen weltbewegenden Dramen sammelte, arbeitete er in aller Stille an einer Sammlung von ausserlesenen und zum Teil selbst erfundenen Rezepten, die er unter dem verhöhnungsvollen und zeitgemäßen Titel „Rezepte für Uebergaumen“ demnächst der stammenden Mittwelt zu servieren gedachte.

In dem Morgen, wo Frau Liselotte ihre Zutrittsvisite im Hause Gurbar machte, entschuldigte die Gräfin lachend ihren Mann, der eben in der Küche mit der Komposition einer neuen, komplizierten Geflügelpastete beschäftigt sei.

Claire konnte außerordentlich lebenswürdig sein, wenn sie wollte. Wenn sie lachte oder lächelte, hatten ihre Züge etwas Hehnlichkeit mit ihrem Bruder, sonst nicht. Liselotte wurde mit großer Verächtlichkeit von ihr bewillkommnet.

„Reizend, daß Sie sich mal sehen lassen, Cousine! Ich darf doch so sagen, nicht wahr? Zwar mit ganz erstem Maß gemessen, bin ich eher etwas wie ihre Tante. Aber ich habe trotz meiner Anzietät noch verzweifelt wenig Qualifikation zur Tantenwärde. Ich habe schon auf Sie gewartet. Es wäre mir wirklich eine Entbehrung gewesen, wenn ich nicht ein wenig nachbarlich mit Schürmuck verkehren dürfte. Haben Sie sich schon ein-  
gesehen?“

„Ganz, ich bin gern am Rhein.“  
„Wir auch. Mein Bruder will jeden Sommer hier zubringen. Nett, daß Sie Mamas alte Hausinventarien alle behalten haben. Und unsere Fremengard haben Sie, mal ganz okkupiert. Die möchte am liebsten immer auf Schürmuck bleiben.“

„Ich erwarte sie jeden Morgen mit Sehnsucht.“  
„Sie sind lindertlieb? Ich nicht. Ich danke Gott, daß wir keine Plagen haben. Würde ich nichts mit anzufangen.“ — Tatsache!

Eine Weile zog sich das Gespräch so hin. Gurbar stand etwas abseits am Fenster und warf hin und wieder ein Wort in die Unterhaltung, wandte aber kein Auge von Liselotte. In dem Moment, wo diese sich erhob, fragte der Graf durch das Küchentelephon an, ob er den Damen eine wundervolle Omelette aux Confitures nach einem Lyoner Rezept anbieten dürfe.

„So sind wir: Ich jage, reite, radle, und mein Mann kocht. Jamos, was?“ scherzte die Gräfin, „jedes Tierchen hat sein Pläsierchen. Sie bleiben doch zum Frühstücken? Mein Mann wird uns gleich eine Probe seiner geschmackvollen Kunst ablegen.“

Liselotte lehnte dankend ab. Sie wollte mit dem Zweirad nach Frankfurt fahren und hatte noch allerhand zu besorgen.

Die Gräfin nickte ihr vom Fenster ein freundliches „Auf Wiedersehen!“ zu.

„Nett, sehr nett.“ sagte sie, zu ihrem Bruder gewandt, „und bildhübsch.“

Gurbar sah aufmerksam nach der Richtung, in der sich die gräßliche Gestalt der jungen Frau nach Schürmuck zu bewegte. Als das helle Kleid hinter der Wegbiegung verschwand, drehte er sich um, Claire zu.

„Lübsch? Mit demselben Recht könnte man einen Roman von Tolstoi oder ein Ibsensches Drama 'hübsch' nennen.“

„Na, dann bildschön, meinnetwegen.“

„Bild ist nicht das richtige. Sie sind — was soll ich sagen — wäntsch schön. Rasseweib!“

(Fortsetzung folgt)



in Friedrichshafen kann ich beschäftigen. So etwas kann nicht rasch genug erledigt werden. Ich beantrage namentliche Abstimmung.

Minister v. Bischof rechtfertigt gegenüber dem Abg. Schrempf die Aufhebung der Gesundheitszeugnisse und wendet sich gegen den Vorwurf einer laxen Praxis in Friedrichshafen.

Abg. Keil (Soz.) beantragt, Zurückstellung des Antrags Körner bis zur Beratung des Kap. 34. (Zentralstelle für Landwirtschaft.)

Abg. Rembold-Kalen (Ztr.) anerkennt, daß die Regierung ihr Möglichstes getan hat. Das Gesundheitszeugnis müsse doch eine gewisse Garantie bieten. Zu einer Verschiebung der Entscheidung über diese Frage liegt kein Grund vor. Redner verlangt genaue Darlegungen über die Verschleppung, zumal im Oberland gewisse Verunreinigung herrsche.

Abg. Schrempf (Wdt.): Er habe keinen Tadel ausgesprochen, sondern nur den Wunsch für die Zukunft, daß so etwas nicht wieder vorkomme. (Weiterkeit.) Weils fatale Lage ist zu verstehen.

Abg. Maier-Blaubeuren (D. P.) erklärt sich für den Antrag.

Abg. Dr. Wolff (Wdt.): Nachdem die Schweiz versucht war, hätte der Grenzverkehr mit ihr gehemmt werden sollen.

Abg. Vöcher (Ztr.) betont, man dürfe den Tierarzt in Friedrichshafen nicht zum Sündenbock machen, wenn andere Verhältnisse schuld seien. Man hätte eben die Einfuhr verbieten sollen, nachdem man von der Seuche in St. Gallen wußte.

Minister v. Bischof: Das Einfuhrverbot wurde sofort erlassen, nachdem der erste Fall bekannt war.

Abg. Andre (Ztr.) bestätigt, daß die Seuche auch anderwärts eingeschleppt wurde und der Vorwurf gegen Friedrichshafen deshalb nicht berechtigt sei.

Abg. Seymann (Soz.): Wir brauchen nicht agrarischer zu sein als der Herr Minister (hört, hört!)

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Rembold-Kalen und des Ministers betont Abg. Rembold-Gründ (Ztr.), es habe sich gezeigt, daß man sich auf das Zeugnis nicht unbedingt verlassen könne. Deshalb sollte, wenn Kunde von der Seuche kommt, in Zukunft die Grenze sofort gesperrt werden. Auf dem Schutz der Zeugnisse solle man sich nicht mehr verlassen, sondern sich sofort im Nachbarstaat informieren und dann die strengsten Maßnahmen ergreifen, ohne Rücksicht auf das Geschrei in den Zeitungen gegen die Grenzsperrre, wie das damals unbegründetermaßen erhoben wurde.

Minister v. Bischof: Die schärfste Maßnahme ist das Einfuhrverbot, das am ersten Tage der Kunde erlassen wurde. (Abg. Rembold-Gründ: Das Vieh ist doch herein gekommen!)

Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen. Der Antrag Haug-Körner wird mit 68 gegen 6 Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, die sich der Stimmen enthalten. 7 Sozialdemokraten haben mit Ja gestimmt.

Kap. 20 wird nach den Anträgen der Kommission angenommen.

Kap. 21 betrifft die Bezirksverwaltung.

Zu Tit. 1 beantragt die Kommission Streichung der 400 M. betragenden nichtpensionsberechtigten Zulage des Stadtdirektors in Stuttgart mit Rücksicht darauf, daß für den Stadtdirektor Oberratsstellung beantragt wird.

Abg. Schrempf (Wdt.): § 35 der Gewerbeordnung unterlag Nichtberechtigten den Vertrieb gewisser Gewerbe; darunter ist auch der Viehhandel und der Handel mit ländlichen Grundstücken. Gewisse Verfügungen sind ergangen, diese werden aber umgangen. Durch provisorische Veräußerung seitens von Gütterschlächtern. Die Verwaltungsbehörde komme nur schwer dazu, von der obligatorischen Vorschrift des § 35 Gebrauch zu machen, zum großen Nachteil unserer Bevölkerung. Gegen solche Gütterschlächter solle strengstens vorgegangen werden. Die besten Gesetze helfen nicht, wenn man sie umgeht. Württemberg wird auch vielfach von Händlern und Stromern heimgeführt. Erwünscht man sie, so erhalten sie einen Ausweisungspass, den sie aber nicht beachten. Werden sie wieder ergriffen, so hat man eine Bestimmung, die die Rückkehr diesen Stromern verbietet, aber sie kehren ja nicht zurück, sie sind dageblieben.

Minister v. Bischof bittet um Mitteilung von Einzelfällen.

Abg. Keil (Soz.) ist gegen Schaffung der Oberratsstellen für den Stadtdirektor.

Abg. Mühlberger (D. P.) wünscht Oberratsstellen für den Eßlinger Oberamtmann.

Abg. Maier-Kottweil (Ztr.) wendet sich gegen unlautere Annoncen betr. Gewährung von Darlehen. Nach einigen weiteren Ausführungen seitens verschiedener Abgeordneter, auch seitens des Ministers v. Bischof, der in Fällen von unlauteren Darlehensvermittlungen Anzeige ans Oberamt empfiehlt, wird die Oberratsstelle für den Stadtdirektor genehmigt und der Kommissionsantrag angenommen.

Eine kleine Debatte entspinnt sich sodann über die Oberamtsarztfrage.

Bey (Sp.) führt dazu aus: Bei der Generaldebatte wurde eine Gesetzesvorlage betreffend die Verstaatlichung der Oberamtsärzte in Aussicht gestellt. Für manchen Oberamtsarzt ist die baldige Verstaatlichung eine Lebensfrage. Wenn ein Oberamtsarzt aus einer kleineren Oberamtsstadt nach einer größeren versetzt wird, so wird er bei der großen Zahl der Spezialärzte und einheimischen eingeweihten Ärzten nicht im Stande sein, eine Privatpraxis zu erhalten. In Heilbronn hat der vergangene Jahr angezogene Oberamtsarzt keine Praxis bis jetzt finden können, sonstige amtliche Beschäftigung hat er nicht, er ist nicht einmal Arzt des Zellengefängnisses. Der Arzt dieses Gefängnisses wohnt nicht einmal in Heilbronn, sondern in einem benachbarten Dorfe. Ich setze bei der Verstaatlichung der Oberamtsärzte voraus, daß ihnen die Privatpraxis mit Ausnahme des Conciliums verboten wird, daß wenn nötig kleinere Oberämter mit einander einen Amtsarzt erhalten, demselben die Schulartzstelle zugewiesen wird und das System der Oberamtsarzte und nach Verschiebung und den Ärzten, welchen bei ihrer

Versezung gewisse Versprechungen gemacht wurden zuerst verstaatlicht werden.

Minister Bischof will die Sache prüfen.

Bezüglich der Kanzleibeamten der Oberämter beantragt die Kommission eine Aufhebung einer oder zweier weiterer Gehaltsstufen der Regierung zur Erwägung zuzuteilen.

Abg. Speth tritt für Verächtdigung ein.

Berichterst. Haug (Wdt.) und Abg. Speth-Wangen (Ztr.) begründen ihre Anträge.

Abg. Liesching tritt für den Kommissionsantrag ein und spricht sich gegen den Antrag Speth aus.

Nach belanglosen Ausführungen und nachdem Minister von Bischof eine freundliche Erwägung zugesagt, wird Kapitel 22 genehmigt. Morgen Vormittag 9 Uhr Fortsetzung. Schluß 7½ Uhr.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. Mai.

Am Bundesratsstisch: die Staatssekretäre Graf Posadowsky und Hrhr. v. Stengel.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung 1 Uhr 20 Min.

Das Haus wählt den Abg. Kämpf mit 192 von 343 abgegebenen Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten wieder; 134 Zettel waren unbeschrieben, die übrigen zerplüßert.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung das Handelsabkommen mit Amerika.

Graf Posadowsky erklärt, das gegenseitige Handelsabkommen möge die Hoffnungen in vielen Fällen nicht erfüllt haben. (Sehr richtig.) Bei Verhandlungen mit einem Staate, der die Wertzölle habe, während Deutschland spezifische Zölle in seinem Zolltarif besitze, ist die Verhandlungsbasis für letztere immer ziemlich schwierig gewesen. Bei spezifischen Zöllen sei jede individuelle Aufhebung über die Normierung der Zölle ausgeschlossen. Manche Beschwerden unserer Exporteure würden gemildert oder beseitigt werden. Dieses Abkommen sei selbstverständlich ein Provisorium, abgeschlossen für die 2 Staaten, die auf wirtschaftlichem Gebiet aufs engste verbunden seien, um für beide Teile die gleichen Nachteile einer Unterbrechung oder Gefährdung der Handelsbeziehungen zu verhindern. Auch die Regierung werde dieses Abkommen als ersten Schritt betrachten, um auf dieser Grundlage zu einem Abkommen mit den Vereinigten Staaten zu gelangen. Man müsse erwarten, daß die weiteren Verhandlungen zu einem Abkommen führen, das den gerechten Ansprüchen des gegenseitigen Handelsverkehrs in weitem Umfang gerecht würde. (Sehr richtig.) Wir dürfen hoffen, daß die Vereinigten Staaten sich der Tatsache erinnern, daß Deutschland eines der besten Kunden auf der Welt ist.

Herold (Ztr.) bedauert, daß jetzt wiederum nur ein Provisorium vorgelegt werde; er beantrage Ueberweisung an eine 12gliedrige Kommission.

Schwerin-Löwisch (kons.) stimmt der Kommissionsberatung zu.

Kämpf (fr. Bg.): Seine Partei werde auch ohne Kommissionsberatung der Vorlage zustimmen.

Strefemann (natl.) beantragt Kommissionsberatung.

Mollenhuhr (Soz.) begrüßt es, daß es zu einem neuen Vertrag mit Amerika gekommen sei.

Diersen (Rp.): Seine Partei begrüße es, daß es nur ein Provisorium sein soll.

Böhme (wirtsch. Bgg.) ist für Kommissionsberatung.

Die Vorlage geht darauf an eine 12gliedrige Kommission. In der fortgesetzten Beratung des Marineetat wird zunächst eine Resolution Liebermann von Sonnenberg betr. Schaffung von einjährigen Zahnärzten und Marinezahnärzten angenommen. Der Rest des Etats wird nach kurzer Debatte, in der verschiedene Redner Spezialwünsche vorbringen, genehmigt.

Es folgt der Etat der Expedition dieses Etats Ostasien. Nach debatteloser Bewilligung dieses Etats folgt die zweite Lesung des 3. Ergänzungsetats, Erweiterung des Kaiser-Wilhelmkanals.

Dieß (Soz.) spricht die Zustimmung seiner Partei zu der Erweiterung des Kanals aus; es handle sich hier um ein wirtschaftliches Unternehmen, wenn auch die Interessen der Landesverteidigung den ersten Anstoß zur Vorlage gegeben haben. Wünschenswert wäre eine gute Bezahlung der deutschen Arbeiter beim Kanalbau.

Späthmann (fr. Bg.) erklärt gleichfalls seine Zustimmung zum Ergänzungsetat. Dieser wird sodann mit 15 Mill. Mark als 1. Rate ohne weitere Debatte einstimmig angenommen.

Die Wahl des Abg. Richthofen-Damsdorf wird für gültig erklärt. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Debattellos wird in dritter Lesung der Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz über Beglaubigung öffentlicher Urkunden genehmigt. Die Uebermittlung mit Frankreich betr. Schutz für Werke der Literatur, Kunst und Photographie wird in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Nach Erledigung weiterer unerheblicher Vorlagen verläßt sich das Haus auf morgen.

Etat des Reichsschatzamtts, Zoll- und Verbrauchssteuer; Etat für Südwestafrika.

Schluß gegen 5 Uhr.

## Landschau.

Eine Denkschrift über die Organisation der Schutztruppen in Südwestafrika ist dem Reichstag zugegangen. Es heißt in derselben u. a.: Mit dem 31. März d. J. ist der Kriegszustand für Südwestafrika aufgehoben worden. Inzwischen darf für die nächste Zeit noch nicht auf völlig geordnete Verhältnisse gerechnet werden. Es wird vielmehr zunächst eine Übergangszeit folgen, in der kleine Räuberbanden zu verfolgen und zu bejagen, sowie die Kriegesgefangenen an Friedensarbeit zu gewöhnen sind. Für diese Übergangszeit müssen mindestens sechs Monate gerechnet werden, sobald die Truppe frühestens am 1. Oktober d. J. auf die zukünftige Sollstärke von 4000 Mann vermindert sein kann. Eine

Truppe in dieser Stärke erachtet der Gouverneur (dabei gleichzeitige Vermehrung der Landespolizei um 600 Mann vorausgesetzt) für unbedingt erforderlich. Zur Zeit besteht die Schutztruppe aus 7160 Mann. Nach Abzug der zur Polizei übertretenden Unteroffiziere wären also im Sommer rund 3000 Mann noch hinzu zu kommen. Der Bedarf an Offizieren ist gedeckt, dagegen nicht der Bedarf an Mannschaften, weil ein großer Teil der vorhandenen Mannschaften heimgesandt werden muß, da sie nach Beendigung des Kriegszustandes und ihrer Dienstverpflichtung gegen ihren Willen im Schutzgebiet nicht länger zurückgehalten werden können. Von den jetzt im Schutzgebiet befindlichen Mannschaften vollenden 1700 dort in der Schutztruppe weiter dienen, sodas außer den erwähnten 3000 Mann noch 2000 Mann hinzu zu kommen sind. Diese 2000 Mannschaften sind durch Neueinstellung zu ersetzen.

Ein Wirt mit dem Jaunpfahl. Die über die liberale Kandidatur des Pfarrers Grandinger erhaltene Zentrumsstimme hat mit ihren Stücken nicht nachgelassen, bis der Bischof sich zur Sache äußerte. Sie wüßten wohl, daß der Bischof öffentlich nicht für eine liberale Kandidatur eines seiner Geistlichen sich aussprechen würde konnte. Der „Fränkische Kurier“ veröffentlicht ein Schreiben des Erzbischofs von Bamberg, Dr. v. Albert, das dieser an den Pfarrer Grandinger in Nordhaufen gerichtet hat. In demselben spricht der Erzbischof mit Bezug auf die liberale Landtagskandidatur Grandingers aus, er fühle sich vom religiösen und seelsozialen Standpunkte aus verpflichtet, ihm zu erklären, daß es ihm zwar fernliege, sich in Fragen rein politischer Natur einzumengen und die seiner speziellen Aufficht unterstehenden Geistlichen im Gebrauche ihrer staatsbürgerlichen Rechte irgendwie zu beeinträchtigen, doch halte er es für unmöglich, daß ein katholischer Priester sich als Abgeordneter der liberalen Partei anschließe und einjüge, ohne in weiten Kreisen des katholischen Volkes Aufruhr und Ketzerei zu erregen.

Bailloud und Einem. In der französischen Deputiertenkammer kam es Montag zu interessanten Auseinandersetzungen. Der Nationalist Gauthier ging auf die nationale Verteidigung des Landes ein und bemerkte: Während man den General Bailloud (wegen seiner freundschaftlichen Rede) bestraft habe, hat der preussische Kriegsminister v. Einem auf die Eventualität eines deutsch-französischen Krieges angespielt, um Geldmittel bewilligt zu erhalten. Ministerpräsident Clemenceau bemerkte hierzu, General von Einem sei als Minister hierzu berechtigt gewesen. Gauthier fuhr dann fort und sagte, er glaube nicht, daß Frankreich im Falle eines deutsch-englischen Konflikts neutral bleiben könne, sondern noch auf dem Schlauch selbe seinen Mann stellen werde. Trotzdem dürfe man bezüglich des Antimilitarismus nicht zu optimistisch sein. Kriegsminister Picouart unterbricht den Redner: „Es ist noch nichts davon in das Meer eingedrungen.“ Gauthier erwidert, die Tatsachen seien zahlreich vorhanden, um die öffentliche Meinung zu beunruhigen. Der Redner sagt zum Schluß, die Regierung müsse energische Entschlüsse gegen die Revolution fassen.

## Tages-Chronik

Berlin, 7. Mai. Der Seniorenkonvent des Reichstags beschloß, auf die Tagesordnung am Montag die Resolution Compegh betr. das Grubenunfall in Lothringen zu setzen. Die Resolutionen betr. Brausteuern, Zündersteuer u. Mühlenmehsteuer sollen in diesem Tagungsabschnitt nicht mehr zur Besprechung gelangen, sondern nur nach Etatsresolutionen. Auch eine 1. Lesung soll nicht mehr vorgenommen werden. Am 15. Mai wird voraussichtlich Schluß sein. Man war der Ansicht, daß es angebracht erscheine, sich hinsichtlich der Reden mögliche Beschränkung aufzuerlegen.

Berlin, 7. Mai. Die erste Lesung des Beamten- und Hinterbliebenengesetzes wurde heute in der Kommission des Reichstags zu Ende geführt. Im großen ganzen wurde die Fassung der Regierungsvorlage genehmigt unter Einfügung einer Bestimmung, wonach die Wirkung des Gesetzes auf die Witwen der Kriegsteilnehmer ausgedehnt wird, deren Ehe bereits zur Zeit des Krieges bestand.

Braunshweig, 7. Mai. Der Staatsminister von Otto ist gestern in Berlin gewesen, wo der Herzog Johann Albrecht zu Medlenburg inzwischen eingetroffen ist. Die Einberufung des Landtags ist sofort zu erwarten.

Köln, 7. Mai. Der „Köln. Ztg.“ wird aus Berlin gemeldet: Ueber verschiedene zwischen dem Gouvernement in Deutsch-Südwestafrika und der Kapregierung bestehende strittige Fragen hat in London eine freundliche Aussprache stattgefunden. Das Ergebnis derselben berechtigt zu der Hoffnung, daß durch künftig von Gouvernement zu Gouvernement eine Verständigung über etwaige Meinungsverschiedenheiten erzielt werden.

Darmstadt, 8. Mai. Die hessische Landwirtschaftskammer hat einen Antrag Köhler u. Gen. angenommen, in dem angefordert das Sinken der Schweinepreise das Ersuchen an die Regierung gerichtet wird, Erhebungen über die niedrigen Einkaufs- und hohen Verkaufspreise für Schweinefleisch anzustellen.

Karlsruhe, 7. Mai. Der Kaiser traf mit Gefolge im Sonderzug heute vorm. 10½ Uhr hier ein. Zum Empfang waren der Großherzog, der Erbgroßherzog, der k. General von Bod und Posada und der preuß. Gesandte von Gindener anwesend. Der Kaiser und der Großherzog begaben sich in das Stadtschloß. Die Stadt ist festlich geschmückt. In den Straßen hatten sich Spalier aus den Vereinen und zahlreichen Publikum gebildet; auch die Jugend war stark vertreten, da die Schulen frei gegeben hatten. Vor dem Rathaus hatten sich die städtischen Behörden aufgestellt. Der Kaiser und der Großherzog wurden überall aufs herzlichste begrüßt. Überall wurde herzlicher Jubel laut beim Vorbeifahren der Fürslichkeiten. Es erregte besondere Freude, daß der Großherzog seinen hohen Gast persönlich am Bahnh



**Wildbad, 8. Mai.** Der Kurverein wird, um vielfach geäußerten Wünschen der Kurgäste und der Mitglieder des Kurvereins gerecht zu werden, einen Wohnungsnachweis einrichten. Das Nähere hierüber ist im Inseratenteil enthalten. Wir machen darauf aufmerksam, daß jetzt schon Wohnungsgesuche im Verkehrsbureau aufgehängt sind, worauf die Mitglieder des Kurvereins Offerten in verschlossenem Briefumschlag eingeben können.

**Sitzung der bürgerl. Kollegien vom 4. Mai 1907.**

Nach Par. 12 des Vertrags mit der Bergbahngesellschaft ist der Stadtgemeinde seitens der letzteren das Recht eingeräumt worden, das Untergeschloß des Hauses B 52 und die neben der Bahn verbleibenden Abschnitte der Parzellen 274/1 und des Hofraums von Geb. B 55 als öffentlichen Durchgang für einen längs der Bergbahn geplanten Aufgang zur Böhnerstraße zu bewilligen. Hiedurch ist es ermöglicht, für die künftige Böhnerstraße an dieser Stelle eine Staffelfstraße anzulegen, die die dringend erforderliche Verbindung der neuen Straße mit dem Mittelpunkt der Stadt herstellen wird. Zur Herstellung der Staffelfstraße ist aber noch die käufliche Erwerbung des Anwesens des Schreinermeisters Hermann Pfau notwendig, welcher für dasselbe einen Kaufpreis von 12000 Mk. fordert. Dasselbe besteht in Geb. B 55 ar 39 qm Schreinerwerkstätte, Hofraum im Straubenberg, Parz. Nr. 274/3 I ar 34 qm Gras- und Baumgarten im Straubenberg. Nach eingehender Beratung und nachdem im Schoße der bürgerlichen Kollegien die einstimmige Ansicht hervortrat, daß die Böhnerstraße kommenden Herbst zur Ausführung gelangen soll, wird einstimmig beschlossen, das Anwesen des Schreinermeisters Hermann Pfau um die Summe von 12000 Mk. käuflich zu erwerben, wobei dem Verkäufer der Abbruch der auf dem Grundstück stehenden Gebäulichkeiten samt Zubehör zur eigenen Verwendung gestattet wird. Otto Schrafft, Gärtner hier, bittet um die Erlaubnis, auf dem städtischen Platz zwischen

A Held, Friseur und Julius Funk, Konditor hier einen Blumenverkaufstisch aufstellen zu dürfen, da er auf dem ihm durch Beschluß vom 9. März 1907 zugewiesenen Platz bei der evangel. Kirche hier kein Geschäft machen könne. Die benachbarten Häuserbesitzer haben ihre Zustimmung zur Aufstellung des fragl. Verkaufstisch schriftlich erklärt. Es wird beschlossen, die Aufstellung desselben in stets wiederwilliger Weise zu genehmigen. Ferner wird beschlossen, den Höchstbetrag einer in den Afford der städtischen Jahresbauarbeiten fallenden Arbeit auf 100 Mk. statt seitherigen 40 Mk. festzusetzen so daß künftig Arbeiten bis zum Höchstbetrag von 100 Mk. an die Affordanten der städt. Jahresbauarbeiten ohne besondere öffentliche Abtreibungsverhandlung oder Submision vom Stadtbauamt vergeben werden können.

Die Bewohner des Realschulgebäudes bitten um Anbringung einer Vertäferung an den Treppenaufgängen, deren Vergipfung sich in äußerst schlechtem Zustande befindet, und um Einrichtung von Wasserlosetis in den Aborten. Es wird beschlossen, die Anbringung der Vertäferung zu genehmigen und den Stadtbaumeister mit der Ausführung derselben zu beauftragen und über die Einrichtung der Wasserlosetis zunächst durch den letzteren Kostenvoranschläge anfertigen zu lassen und dann weiteren Beschluß zu fassen.

**Amtliche Kurliste der am 7. Mai angemeld. Fremden.**

- In den Gasthöfen:**  
**Gasth. z. gold. Adler.**  
 Miste, Hr. Georg, Wäßlingen  
 Schmid, Hr. Heinrich, Rfm. Worms  
**Gasth. zur Eintracht.**  
 Reeser, Hr. Gottlieb, Polizeiwachmeister Stuttgart-Untertürkheim  
**Hotel Klumpp.**  
 Winter, Hr. Kommerzienrat mit Frau Gem. und Chauffeur Buxtehude

- Hotel z. gold. Löwen.** Stuttgart  
 Mäsch, Hr. E. D. Herlorn  
 Sprenger, Hr. mit Frau Gem.  
**Hotel Maisch.** Frankfurt  
 Burkhart, Hr. S., Holzhändler Juffenhäusen  
 Nörgentaler, Hr. Eugen, Fabrikant  
**Hotel Russischer Hof.** Stuttgart  
 Bleyle, Hr. Wilhelm, Fabrikant  
**Gasth. z. Ventilhorn.** Hopfen Bayern  
 Mayr, Hr. Johann, Oekonom  
**In den Privatwohnungen:**  
**Wilh. Bott.** König-Karlstr. 75. Billingen  
 Föhl, Frau Marie, Witwe mit Bed.  
**Villa Hausmann.** Neu-Ulm  
 Staudacher, Frau Charlotte  
 Kraushaar, Frau Charlotte  
**Villa Selena.** Berlin  
 Ringe, Hr. Max, Hofbuchhändler  
 Zugführer **Hinterkopf.**  
 Herrmann, Hr. Jakob, Blaufelden  
 Stein, Hr. Johannes, Juffenhäusen  
 Herrmann, Frau Barbara, Blaufelden  
**Gärtner Holz.** Harthausen  
 Ritter, Hr. Albin  
**G. Knödler, E.berg 126.** Wasseralfingen  
 Wiedmann, Frau Frieda  
**Ortsfeuerbeamter Maier.**  
 Schüll, Hr. Wilhelm, Ortsfeuerbeamter Aalen  
**Katharinenstift.** Klosterreichenbach  
 Rothfuß, Ulrich, Berrenberg  
 Wieland, Rosine  
 Zahl der Fremden 243.

**Kur-Verein Wildbad.**

Um vielfach geäußerten Wünschen unserer Mitglieder und Kurgäste gerecht zu werden, wird das Verkehrsbureau des Kurvereins in der Zeit vom 1. Juni bis 1. September zum Zwecke

**der Wohnungsnachweisung**

folgende Einrichtungen treffen:

1. An einer im Bureau hängenden Tafel werden die freien vermietbaren Zimmer der Mitglieder des Kurvereins angeschlagen, so daß zimmerführende Kurgäste jederzeit Gelegenheit haben, sich über die freien Zimmer zu unterrichten.
  2. An einer zweiten Tafel im Verkehrsbureau werden die von Kurgästen eingekündigten Wohnungsgesuche angeschlagen. Hierauf können die Mitglieder in geschlossenem Rouvert Offerten einreichen, die vom Verkehrsbureau unentgeltlich weiter befördert werden.
  3. Vom 1. Juni ab wird ein gedrucktes Verzeichnis der freien Wohnungen der Mitglieder des Kurvereins herausgegeben, das in die Bahnzüge Pforzheim-Wildbad eingelegt und an die Kurgäste unentgeltlich abgegeben wird.
- Die Mitglieder des Kurvereins werden ersucht, ihre freien Zimmer zu diesem Zweck vom 1. Juni ab rechtzeitig auf dem Verkehrsbureau des Kurvereins anzumelden. Die zur Besetzung kommenden Zimmer sind sofort wieder abzumelden. Für den Anschlag und die Aufnahme der vermietbaren Zimmer wird eine Gebühr erhoben und zwar
- a. für eine Anzeige über 1-3 Zimmer pro Tag 5 Pfa.
  - b. für eine Anzeige über 4 und mehr Zimmer pro Tag 10 Pfa.
- Diese Gebühr bezweckt vor allem die Mitglieder zu sofortiger Abmeldung eines zur Vermietung gelangten Zimmers zu veranlassen und die Kosten des Wohnungsanzeigers zu decken. Das Verkehrsbureau erhält zur Erleichterung des Verkehrs mit ihm Telefonanschluß.
- Hiermit glaubt der Kurverein eine vollständig unparteiische, den Kurgästen und den Mitgliedern dienliche Wohnungsbemittlung einzurichten und ladet zu ihrer recht häufigen Benützung freundlichst ein.
- Der Vorstand.**

**Turnverein Wildbad.**

Heute abends 8 Uhr  
**Singstunde.**

Die Turnstunde auf heute Abend fällt aus und wird am Sonntag, vormittags 1/11 Uhr abgehalten.

Der Vorstand.

**Flaschen-Bier**

Vorzügliches Flaschenbier empfiehlt und liefert frei ins Haus.  
**J. Weßel.**  
 Rembachbrauerei.

**Grosser Räumungs-Ausverkauf**

Weit unter Preis.  
**Leo Mändle**  
 Schuhfabriklager  
 Deimlingstr. Ecke Marktstr.  
 Pforzheim.  
 Reparaturwerkstätte

**Geschäftsempfehlung.**

Der geehrten Einwohnerschaft von Wildbad teile ich mit, daß ich meine **Bettfedernreinigungs-Maschine** in meinem Hause Löwenbergstr. 216 aufgestellt habe und empfehle mich bei Bestellungen zur Reinigung von Bettfedern unter Zusicherung prompter Bedienung und billiger Preise.  
 Achtungsvoll  
**Sorkheimer,**  
 Bettfedernreinigungs-Geschäft,  
 Löwenbergstr. 216.

**E. Gerlach's Praeservativ-Creme** bei Wollgehen, Wund- und Schweißfuß als als Toilettenmittel wohlbekannt.  
 a 25 und 40 Pfa., empf.  
**Anton Seinen.**

**Eisenbahn-Fahrplan** mit Ankunft und Abgang der Züge ist zu haben in der Buchdruckerei Hofmann.

Wildbad.  
**Hochzeits-Einladung.**  
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zur Feier unserer  
**ehelichen Verbindung**  
 auf Samstag, den 11. Mai 1907, im  
**Gasthaus zum „badischen Hof“**  
 freundlichst einzuladen.  
**Karl Volz,**  
**Sophie Gutub.**  
 Kirchgang um 1/12 Uhr vom Gasthaus „Zur Eintracht“ aus.

Wildbad.  
**Freiwillige Feuerwehr**  
 Die Freiwillige Feuerwehr Heidelberg hat zu seiner am 8. und 9. Juni stattfindenden  
**Feier des 50jährigen Bestehens,**  
 verbunden mit dem 14. Kreis-Feuerwehrtag Einladung an uns ergehen lassen.  
 Die einfachen Fahrkarten III. Klasse berechtigen von Pforzheim aus auch zur Rückfahrt. Der Preis hierfür wird sich auf 2.30 Mk. stellen. Diejenigen Kameraden, welche sich an dieser Feier zu beteiligen wünschen, wollen sich längstens bis Freitag den 10. Mai beim Commando anmelden, wo auch das Festprogramm eingesehen werden kann. Die unentgeltlich zur Verfügung gestellten Festkarten berechtigen zur freien Fahrt auf den Festschiffen zur Schloßbeleuchtung.  
 Den 6. Mai 1907.  
**Das Commando.**

**Wilhelm Treiber,**  
 Schuhmachermeister,  
 Hinter Hotel Klumpp . . . . . beim König Karlsbad  
 empfiehlt sein neu sortiertes  
**Schuhwaren-Lager**  
 in Knopf-, Schnür-, Zug- u. Schnallenstiefel  
 Halbschuhen, in Cheveraux  
 Box-Calf und Kalb-Leder  
 für Herren, Damen und Kinder, feinste  
**Ball-, Haus- und Reiseschuhe**  
**Jagd- und Touristenstiefel.**  
 Große Auswahl farbiger Schuhwaren  
 neueste Fassung elegante Ausführung  
**Spezialität: Goodyar Welt, Handarbeit**  
 Anfertigung nach Maß. Reparaturen prompt u. billig.  
 Empfehle mein großes Lager in  
**Normalthemden, Jacken, Hosen**  
 in jeder Preislage von Mk. 1.30 an per Stück.  
 Besonders aufmerksam mache ich auf mein  
**Arbeiter-Felsenhemd**  
 ungemein dauerhaft im Tragen  
 Mk. 2.60 per Stück.  
 Weiße Hemden, Kragen, Vorhemden, Manchetten,  
 Zerstärkenden, Baumwollflanellhemden in eigener  
 Anfertigung.  
**Socken, Strümpfe & Cravatten**  
 in mercklicher Auswahl.  
**Ph. Bosch, Wildbad.**

Wildbad.  
**Hochzeits-Einladung.**  
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zur Feier unserer  
**ehelichen Verbindung**  
 auf Samstag, den 11. Mai 1907  
 in das **Gasth. z. Sonne**  
 freundlichst einzuladen.  
**Friedrich Frey**  
**Anna Rometsch.**  
 Kirchgang um 12 Uhr vom Gasthaus zum Hirsch aus.

**Drahtgeflechte**  
 zum Umzäunen von Grundstücken etc.  
 empfiehlt zu  
**äußerst billigen Preisen**  
**Gustav Harter,**  
 mechanische Drahtseilerei,  
 Herrenberg.

**Dentist E. Zittel, Wildbad**  
 wohnt jetzt  
**Hauptstrasse 75**  
 neben Hotel gold. Stern.